

# Fünf Grundsätze einer „lebenswerten Gemeinde“

Definition von Leo Baumfeld ÖAR GmbH

## 1. Die Menschenwürde achten

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ So beginnt das deutsche Grundgesetz. Dieser Grundsatz ist sowohl in der christlichen Tradition als auch in der Tradition der Aufklärung verankert.

Menschen, die in der Gemeinde Verantwortung tragen sollten sich diesem Grundsatz persönlich verpflichten. Dies bedeutet im Sinne der Aufklärung Kants<sup>1</sup> dass die politischen AkteurInnen selbst mit gutem Beispiel voran gehen aber auch den Menschen und BürgerInnen, sowie den korporativen Akteuren (Parteien, Unternehmen, Vorständen von Vereinen, Institutionen udgl.) immer wieder drei Wesenszüge der Menschenwürde in Erinnerung gerufen werden:

- Achtung vor dem Anderen,
- die Anerkennung seines Rechts zu existieren und
- die Anerkennung einer prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Menschen.

Dabei ist wichtig, dass diese Wesenszüge der Menschenwürde unabhängig von politischer Gesinnung oder Religionsausprägungen in einer demokratisch verfassten gesellschaftlichen Ordnung die wesentlichen Grundlagen darstellen und deshalb auch ihr Geltungsanspruch anerkannt werden muss.

## 2. Gemeinsam die Lebensfähigkeit erhalten

Die Erhaltung der Lebensfähigkeit ist eine kollektive Verantwortung worin sowohl jeder Mensch<sup>2</sup> als auch die Kollektive, in denen sie beteiligt bzw. organisiert sind, ihre spezifischen Beiträge leisten können.

Die Erhaltung der Lebensfähigkeit hat zwei Dimensionen:

- Jeder einzelne Mensch kann zu einer erhöhten Lebensfähigkeit seiner Selbst als auch seiner Umgebung beitragen in dem er/sie in der Lage ist die drei Identitätsprozesse zu gestalten. (Siehe Beilage 1)
- Jeder einzelne Mensch als auch Kollektive können zu einer erhöhten Lebensfähigkeit des Planeten beitragen in dem er die *17 Zielen für nachhaltige Entwicklung*, die am 25. September 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York verabschiedet wurden, seinen/ihren Beitrag leistet. (Siehe Beilage 2)

---

<sup>1</sup> Immanuel Kant hat sich in seinem 1797 herausgebrachten Buch „Metaphysik der Sitten“ mit der Menschenwürde beschäftigt.

<sup>2</sup> Hier wird bewusst der Begriff Menschen statt Bürgerinnen und Bürger verwendet, weil Menschen erst durch die Wahlberechtigung BürgerInnen einer Gemeinde (oder eines Staates) werden. Hier sind aber alle Menschen gemeint, sowohl Kinder und Jugendliche als auch Menschen, die aus anderen Gründen keine Wahlberechtigung haben.

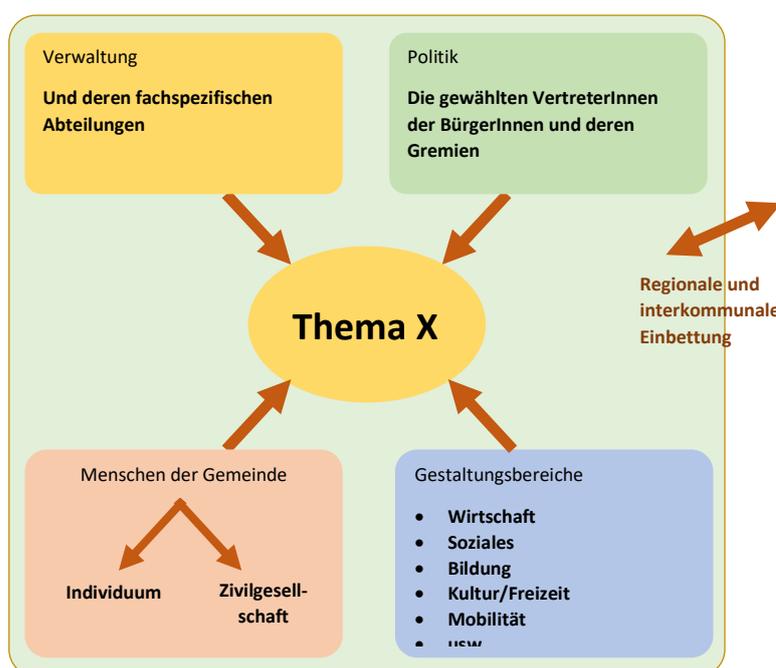
### 3. Die Gemeinwohlorientierung der Gemeindepolitik stärken

Unsere politischen Systeme sind auf den Ausgleich der Interessen aufgebaut. Das ist eine wichtige Grundlage um die unterschiedlichen Interessen in zivilisierter Form abstimmen zu können. Jedoch um die Zukunftsfähigkeit zu stärken braucht es ein übergeordnetes gemeinsam getragenes Übereinkommen, welches die grundsätzliche Inklusionsmöglichkeiten aller Menschen in der Gemeinde garantiert. Z.B. würde man alles über den Markt koordinieren, dann müsste man in Kauf nehmen, dass sich die Dinge des täglichen Überlebens mitunter nicht alle leisten können. Oder Güter, die im Prinzip allen „gehören“ wie das Wasser müssen im Prinzip allen verfügbar gehalten werden udgl.

Während die 17 Nachhaltigkeitsziele die Ökologische Decke beschreiben, die unseren Planeten insgesamt am Leben erhält stellt die Gemeinwohlorientierung das soziale gesellschaftliche Fundament dar, welches es den Menschen erlaubt sein geglücktes Leben zu gestalten. Zu dieser Orientierung gehört die Aufmerksamkeit auf Verfügbarkeit von Wasser, Nahrung, Gesundheit, Bildung, politische Teilhabe, Gleichstellung, leistbarer Wohnraum und Energie, faires Einkommen, Frieden und dergleichen.

### 4. Ein Bewusstsein des aufeinander angewiesen sein pflegen

In den vergangenen Jahrzehnten wurde vielfach eine Politik betrieben, die die individuelle Entwicklungsmöglichkeit fördert. Das ist gut und richtig so, weil damit (zumindest versucht wurde) die individuelle Entwicklungsmöglichkeit der einzelnen Menschen von seiner Herkunft zu entkoppeln. Damit soll allen Menschen unabhängig von seiner Ausgangssituation die gleichen Chancen eingeräumt werden. Damit dies möglich wurde, wurden Einrichtungen geschaffen, die diese Verantwortung für die gesamt Gesellschaft pflegen. Es hat den Anschein, dass wir nun auch einen Preis dafür bezahlen, nämlich dass einzelne Menschen oder Gruppen dies als ganz selbstverständlich erachten und ihre eigene Verantwortung auch in diese gesellschaftliche Verantwortung delegieren.



Die Probleme in den Gemeinden sind aber immer komplexer geworden, sodass für die Problemlösungen ein neues Bewusstsein für das gegenseitige Angewiesen sein entstehen muss, bzw. dieses gepflegt werden muss. Durch die erhöhte Komplexität von Fragestellungen und Anzahl der Akteure, die

bei Problemlösungen einbezogen werden sollten um ihre „ergänzende“ Kompetenzen oder ihre ergänzenden Interessen und Sichtweisen berücksichtigen zu können ist es sinnvoll generell ein komplementäres Verständnis von Politik<sup>3</sup> zu beherzigen. Das folgende Schaubild zeigt das generelle Angewiesen sein der Akteure in einer Gemeinde.

Wenn die Politik ein Problem lösen möchte, dann braucht sie die jeweils anderen als Resonanzgebende. Dies gilt ebenso, wenn die Verwaltung, die Zivilgesellschaft oder Akteure der Gestaltungsbereiche ein Problem lösen wollen, wo die Gemeinde oder BürgerInnen involviert sind bzw. deren Interessen tangiert sind. (Siehe dazu Beilage 3)

## 5. Entscheidungen mit den geringeren Nebenwirkungen anstreben

Gerade weil viele kommunale Problemstellungen komplexer Natur sind, ist es oft nicht möglich die eine einzige richtige Entscheidung zu treffen. Es gibt häufig nur Entscheidungen, die geringere oder größere Nebenwirkungen haben. Daher sollte die Gemeinde jene Entscheidung anstreben, die die geringeren schädlichen Nebenwirkungen haben. Dies bedarf bei der Beherzigung des Prinzips 4 auch BürgerInnen und Bürger, die bereit und in der Lage sind, sich in die Nebenwirkungen hinein zu denken.

Dort, wo Politik durch die politischen Parteien als Produkt aufgefasst wird, welches man den BürgerInnen möglichst einfach „verkaufen“ muss, entstehen Dynamiken die schädlich sind für die Gemeinden:

- Die Probleme und ihre Lösungen müssen ganz einfach dargestellt werden und damit suggeriert werden, dass es nur die eine Lösung gibt, die richtig ist. Auch wenn der politischen Partei mögliche schädliche Nebenwirkungen bekannt sind müssen sie verschwiegen oder kleingeredet werden, weil sie befürchten müsste die Opposition (oder gegnerische Partei) würde sie „aufdecken“.
- Wenn die Problemlösung als Produkt angeboten wird, entstehen beim „Konsumenten“, das sind die BürgerInnen, automatisch Gewährleistungsansprüche, was dazu führt, dass die Aufmerksamkeit meist auf partikulare Interessen und nicht auf das Gemeinwohl orientiert geschärft wird.
- Bei größeren Gemeinden, wo die politische Kommunikation hin zur Masse der Bürger Vermittler braucht, das sind die Medien, entstehen meist auch eigene Medieninteressen, nämlich deren Marktinteressen, die meist nicht mit dem Prinzip der Gemeinwohlorientierung übereinstimmen.

Leo Baumfeld

Wien, 15. September 2018

---

<sup>3</sup> Dieses Modell wurde von der Arbeitsgruppe Gemeindeentwicklung im Rahmen der Netzwerkes Zukunftsraum Land entwickelt. Das Ergebnis ist im Dokument „Was Gemeinden in Zukunft brauchen“ detaillierter dargestellt, welches hier downgeloadet werden kann: <https://www.zukunftsraumland.at/download/1668>